

Shadi, Heydar (Hrsg.): Islamic Peace Ethics. Legitimate and Illegitimate Violence in Contemporary Islamic Thought, Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft) 2018.

Wallace, Rodrick: Carl von Clausewitz, the Fog-of-War, and the AI Revolution. The Real World is Not a Game of Go, Cham (Springer) 2018.

Witschen, Dieter: Gibt es ein Menschenrecht auf Frieden?. Eine rechtsethische Kontroverse, Stuttgart (Kohlhammer) 2018.

BESPRECHUNGEN

Michaela Wiegel: Emmanuel Macron. Ein Visionär für Europa – eine Herausforderung für Deutschland, Berlin: Europa-Verlag, 2018.

Europa hat schon viele Brüche und Wendepunkte erlebt. Die kriegerischen Erfahrungen aus der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts haben zu einem einzigartigen Experiment geführt: der europäischen Integration. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU im Jahr 2012 war Ausdruck der Wertschätzung für ein friedenspolitisches Projekt, dessen Kern darin besteht, ehemalige Kriegsgegner auf der Grundlage gemeinsamer Werte in eine „immer engere Union der Völker Europas“ zu integrieren. Dieser Prozess ist mit dem bevorstehenden Austritt Großbritanniens in eine schwierige Phase geraten. Manche sehen bereits die Existenz der EU in Gefahr. Und in der Tat: Die EU steht vor sehr großen inneren und äußeren Herausforderungen. Aber wie soll eine Union von 27 Staaten mit spezifischen nationalen Interessen damit umgehen? Welcher Vision sollen sie folgen?

Wo Gefahr ist, wächst bekanntlich auch das Rettende. Der junge und charismatische Emmanuel Macron gibt den „Visionär für Europa“, so der Untertitel von Michaela Wiegels Biografie des französischen Staatspräsidenten. Die Autorin benennt darin auch gleich das Problem: Macron ist eine Herausforderung für Deutschland. Er weiß, was er will. Aber will Berlin das auch? Wenn diese beiden Länder angesichts der vielen Herausforderungen und trotz einer Idealbesetzung im Élyséepalast es jetzt nicht schaffen die EU voranzubringen, so der Tenor der langjährigen Frankreichkorrespondentin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, wann dann?

In sieben Kapiteln zeichnet sie mit viel Sympathie, aber nicht ohne skeptische Note

ein differenziertes und erhellendes Bild von Macron. Wird der „Zauber“, der von ihm ausgeht anhalten? Kann ein „unkonventioneller Querdenker“, der zu alledem noch so germanophil ist wie keiner seiner Vorgänger, es wirklich schaffen, seine Vision für Europa voranzubringen? Die Mindestvoraussetzung dafür ist, dass sich beide Länder einig sind, wie sich Europa entwickeln soll. Macron folgt hier der alten (auch umgekehrt geltenden) Erkenntnis, dass europäischer Fortschritt gegen Deutschland nicht möglich ist. Frankreich und Deutschland können und sollten Europa nicht dirigieren, aber ihr Konsens ist Voraussetzung für europäische Handlungsfähigkeit.

Macrons Vision von Europa ist zunächst so neu nicht. Er will die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden, den Klimaschutz stärken, die Digitalisierung voranbringen, in der inneren und äußeren Sicherheit sowie in der Einwanderungs- und Asylpolitik enger zusammenarbeiten. Er will sich aber auch über die Finalität Europas mit Deutschland verständigen, ein Thema, das seit dem Abgesang von CDU/CSU und SPD für das Ziel der Vereinigten Staaten von Europa eigentlich keine Rolle mehr spielt. Macron lehnt dieses Modell übrigens auch ab, weil er an die Persistenz der Nationalstaaten glaubt. Ihm schwebt ein souveränes, einiges und demokratisches Europa der Nationen mit supranationalen Elementen vor. Der Weg dorthin führt für ihn über ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten. Er hat durchaus Sympathie für den Vorschlag des Schäuble/Lamers-Papiers aus den 1990er Jahren, das ein Kerneuropa aus fünf Staaten vorschlug. Dieses (für andere offene) Kerneuropa sollen die 19 Staaten der Eurozone bilden.

Aber ist Berlin wirklich dazu bereit und falls ja, unter welchen Bedingungen? Da trifft es sich gut, dass der ehemalige Sozialist

Macron einer sozialliberalen Denkrichtung angehört, die auf Jacques Delors, den ehemaligen Präsidenten der EU-Kommission, zurückgeht. Sein Angebot an Deutschland lautet: Ich reformiere Frankreich, dann legen wir gemeinsam in Europa los. Seine größte Sorge ist deutsches Zaudern und Misstrauen, insbesondere das Vorurteil, Paris wolle doch nur deutsches Geld. Um dieses zu überwinden, hat er so viel geballte Deutschlandkenntnis wie noch nie an der französischen Staatsspitze versammelt. Diesen Mitstreitern/-innen und engen Weggefährten widmet Michaela Wiegel ein eigenes, sehr informatives Kapitel.

Zuvor beschreibt sie Macrons Werdegang und seine Prägung durch den Philosophen Paul Ricœur, für den er einige Jahre arbeitete. Der Präsident schätzt den hermeneutischen, verstehenden Ansatz ebenso wie Hegels Vorstellung von der List der Vernunft. Diese sieht er auch in Europa am Werke, nicht zuletzt durch sein Zutun. Aber wo steht er politisch? Die Beschreibung der Autorin skizziert ihn als gleichsam postmodernes Phänomen des „Sowohl-als-auch“. Er ist weder rechts noch links, sowohl modern als auch klassisch, wirtschaftsliberal und sozial. Zugleich steht der zeitweilige Investmentbanker in der christlich-sozialen Tradition eines Joseph Rovon, der 1945 den wirkmächtigen Aufsatz „L'Allemagne de nos mérites“ veröffentlichte und einer der Wegbereiter der Verständigung mit Deutschland war.

Während die Rechtspopulistin Marine Le Pen und der Wortführer der französischen Linken Jean-Luc Mélenchon sich im letzten Wahlkampf germanophober Äußerungen bedienten, prangerte Emmanuel Macron die Mitschuld des Vichy-Regimes an der Judenverfolgung in Frankreich an, bezeichnete die Kolonisierung Algeriens als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und kritisierte den Versailler Vertrag, weil

er nicht versöhnt habe. Er offenbart sich in diesen Passagen als reflexiver Mensch, der die Perspektive des anderen zu verstehen versucht. Zu verstehen glaubt er auch Deutschland, wo er als Austauschschüler weilte und dessen Kultur er sehr schätzt.

Darum sein Vorschlag: Ich Sorge für Reformen und Stabilität in Frankreich und ihr sorgt für mehr Investitionen und Wachstum. Konkret: Lasst uns die Eurozone vertiefen, das Gebilde parlamentarisch kontrollieren und ihm einen Vorsitzenden geben. Schaffen wir einen europäischen Grenzschutz sowie eine europäische Einwanderungspolitik, eine europäische Staatsanwaltschaft und europäische Streitkräfte, europäische Universitäten, eine europäische CO2-Steuer und eine europäische Innovationsagentur.

Manuela Wiegel arbeitet gut heraus, dass es Macron um die Verbreitung einer großen Erzählung als Gegenentwurf zur linken und rechtem Europaphobie geht. Sein Narrativ verbindet Monarchie, Revolution, Kaiserreich, Weltkriege und das europäische Projekt eines friedlichen, wohlhabenden und weltoffenen Kontinents. In der Tat, Europas Zukunft kann nicht nur in Sparen und Haushalten bestehen. Aber wo bleibt das Soziale in Macrons Programmatik? Da begnügt sich die Autorin mit dem Verweis auf die von Macron geschätzte Gerechtigkeitstheorie von John Rawls. Chancengleichheit und Eigenverantwortung statt Egalitätsdenken. Ob das ausreicht, um die europäischen Spaltungen in Moderate und Radikale, Europafreunde und Europagegner, Multilateralisten und Nationalisten, Weltoffene und Identitäre, Reiche und Arme zu überwinden?

Jean Monnet, einer der Väter des europäischen Integrationsprozesses, sagte einmal rückblickend, er würde mit der Kultur beginnen, wenn er nochmals die Chance eines europäischen Neuanfangs hätte. Macron strebt nichts weniger an als eine Neugründung Europas, deren Kern die zu vertiefende Eurozone ist. Das ist schon schwierig genug, wird aber nicht ausreichen. Die Autorin erkennt in Macron einen strategisch denkenden Staatsmann, der aber ohne Unterstützung Deutschlands scheitern dürfte. Darin liegt in der Tat eine zentrale Herausforderung für die neue Bundesregierung.

Dr. Hans-Georg Ehrhart

Hochstetter, Dorothee; Kollmer, H. Dieter (Hrsg.): Der Bundestagsausschuss für Verteidigung. Der Ausschuss für Fragen der europäischen Sicherheit, Juli 1955 bis Januar 1956, 4. Band. Düsseldorf: Droste Verlag GmbH, 2017

Die Herausgeber, Dorothee Hochstetter und Dieter H. Kollmer vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, geben mit dem 4. Band einen Einblick in die Funktionsweise und Stellung des Ausschusses für Fragen der europäischen Sicherheit in seiner täglichen politischen Arbeit sowie einen Überblick über die Aufstellung militärischer Verbände in Westdeutschland nach dem NATO-Beitritt. Der Quellenband umfasst 25 Sitzungsprotokolle von Juli 1955 bis Januar 1956 sowie einen umfassenden Anhang mit Zeittafeln, Bildern und Karikaturen aus dem Protokollzeitraum.

Am 12. November 1955 wurden 101 Angehörige des Bundesverteidigungsministeriums zu den ersten freiwilligen bundesdeutschen Streitkräften ernannt. Als gesetzliche Grundlage diente hierfür das Freiwilligengesetz, das die Bundesregierung befugte, 6.000 freiwillige Soldaten für die aufzustellenden Streitkräfte zu verpflichten. Vor diesem Hintergrund beschäftigte sich der „Ausschuss für Fragen der europäischen Sicherheit“, der im Januar 1956 in „Ausschuss für Verteidigung“ umbenannt wurde, mit der Schaffung der wehrgesetzlichen und verfassungsrechtlichen Voraussetzungen hierfür und weiterhin mit der Implementierung der neuen Streitkräfte in das demokratische System der BRD.

In der gut 40-seitigen Einleitung und in den Sitzungsprotokollen wird durch die präzise Beschreibung sehr deutlich, unter welchem erheblichem Zeitdruck der Ausschuss bei der Aufstellung der Streitkräfte stand und welche höchst kontroverse Diskussionen geführt wurden. Die umfangreichen Grundgesetzänderungen im Zuge der zweiten Wehrnovelle, die Regelung der Waffenhilfe der Vereinigten Staaten sowie die Übernahme von Einheiten des Bundesgrenzschutzes in die Bundeswehr sind nur einige Themenschwerpunkte, die es intensiv zu diskutieren galt. Eine der schwierigsten Debatten, die der Ausschuss führte, war die Verhandlung rund um die Regelung des Oberbefehls bzw.

der Befehls- und Kommandogewalt sowie die Besoldung der künftigen Generäle der Streitkräfte. Besondere Aufmerksamkeit schenkte der Ausschuss der Karst-Affäre und der Zenker-Rede, die den Leser/-innen einen Einblick in die Diskussionskultur über die Parteigrenzen hinweg ermöglicht.

Dieser 4. Band in der Reihe „Der Bundestagsausschuss für Verteidigung und seine Vorläufer“ bietet eine durchaus lesenswerte Grundlage für Wissenschaftler/-innen im Bereich Militär, Geschichte, Sicherheitspolitik, Rechts- und Sozialwissenschaften. Für Leser/-innen außerhalb des Fachkreises ist der Band aufgrund seines sehr spezifischen Charakters allerdings schwere Kost. Die Herausgeber tragen mit diesem über 1.000 Seiten langen Band zur historischen Aufarbeitung des politischen Hintergrunds der Bundesrepublik sowie zur Aufarbeitung der bedeutsamen Frühphase der Bundeswehr bei.

Viktoria Donnerbauer

Anton Bebler (Ed.): „Frozen conflicts“ in Europe. Opladen: Barbara Budrich, 2015.

The Russian annexation of the Crimean Peninsula and the following outbreak of the still ongoing war in Ukraine became the focus of the world's attention in 2014. The alteration of Ukraine's territory, borders and people led to a huge international outcry. The West proclaimed the event as an annexation and blamed Russia. Russia, on the other hand, declared it to be rather a secession. Does Russia violate Ukrainian territorial integrity in these cases, or do the people voluntarily decide to secede based on their right to national self-determination?

As a matter of fact, the alteration of a state's territory, borders and people, has always occurred over time. Since the concept of state was born on the occasion of the Peace of Westphalia in 1648, history is our witness, that state entities appeared and disappeared every now and then. The 20th century, for instance, experienced the disintegration of the Austro-Hungarian, Russian, Ottoman and Chinese empires, the defeat of Fascist Italy and the Third Reich, as well as decolonization in Africa, Asia, Oceania, the Caribbean and

the Mediterranean, or the dissolution of Yugoslavia and the Soviet Union. Anton Bebler's volume "Frozen conflicts" in Europe' addresses the alteration of states' territories, borders and people in Europe's immediate vicinity: The Republic of Cyprus vs. Northern Cyprus, Moldova vs. Transnistria, Georgia vs. Abkhazia and Southern Ossetia, Azerbaijan vs. Nagorny Karabakh, Serbia vs. Kosovo and Ukraine vs. Russia. However, in these cases, the outcomes of secessions were decisively influenced by external interventions, and external protections still determine the present situation. Until this day, the seceded state entities lack universal international recognition because of the two contradicting fundamental principles of International Humanitarian Law: the principle of territorial integrity of states and the principle of the people's right to self-determination.

At first glance, Bebler's volume seems to constitute a repeat of the large literature on frozen conflicts. The very broad title "Frozen conflicts" in Europe' supports this assumption. At second glance, however, Bebler's overall approach differs. The volume is characterized by an unusual hands-on approach and is dedicated to the general public. It is stated that each conflict addressed shall contain a historic overview of the conflict dynamics as well as a chapter of critical comments. To this purpose, the chosen contributing authors were to consist of academic experts, both from the conflict countries and from abroad. Building on this, Bebler states that every outlined case of this volume shall conclude with conflict-solving recommendations of reputable think tanks, organizations or individuals. The conflict between Cyprus vs. Northern Cyprus illustrates very well Bebler's extraordinary approach. The historic overview of the Cyprus conflict has been written by James Ker-Lindsay. Lindsay is a professor at the London School of Economics and Political Science, has a great regional expertise of South-East Europe and deals with issues such as, inter alia, secessions. His description of the Cyprus conflict is followed by comments of Muhittin Tolga Ozsaglam. Ozsaglam was born in Nicosia, North Cyprus, and works as a professor at the Near East University. His research focuses on Russia, Central Asia and Cyprus. Bebler's approach is especially innovative, because it allows a much more complete

picture on highly complex, emotionally charged and solidified disputes such as the Cyprus one. A conscious effort is made to avoid one-sided views, which is crucial for the understanding and analysis of these intrastate conflicts and to point out the contradicting positions of the two fundamental principles of International Humanitarian Law in these cases.

Unfortunately, the objectives could not be met entirely. Some chapters do have the envisioned threefold division and others do not. Only the frozen conflicts between the Republic of Cyprus vs. Northern Cyprus, Georgia vs. Abkhazia and Southern Ossetia, and Azerbaijan vs. Nagorny Karabakh fully follow the initial concept. Even though Bebler addresses openly his volume's areas of weakness and explains them with financial and organizational constraints, the initial concept appears to be considerably tattered. The chapters Moldova vs. Transnistria, Serbia vs. Kosovo, and Ukraine vs. Russia do not hold the structural coherence of the volume except for their historic overview. Bebler himself, who is a former Professor of Political Science at the University of Ljubljana, Slovenia, outlines the historic overview of the Serbia-Kosovo conflict, followed by Ilir Deda, a deputy of the leftist Kosovar Albanian party Vetvendosje, who summarizes the normalization agreement between Kosovo and Serbia. Oliver Ivanovic, who was State Secretary of the Ministry for Kosovo and Metohija in Serbia until 2012, then addressed the Kosovo Serbs' view on the normalization of relations. Subsequently, the chapter concludes with an assessment of the realities resulting from the normalization of relations agreement. Its author, Sonja Biserko, who is a Serbian campaigner for human rights, outlined the political circumstances of 2015 in light of the confirmed agreement that Serbia saw itself confronted with.

As can be seen, Kosovo vs. Serbia, is indeed a very informative and comprehensive chapter but its structure appears to be highly arbitrary. Sadly, the added value of this volume's hands-on approach eventually loses some of its radiance. Nonetheless, Bebler provides a major contribution to the current debate on territorial intrastate conflicts in the European Union's neighborhood. His volume negates the accusation that Political Science is far from

reality and not practicable. He offers an entire book being to some extent structured as a Policy Paper, which provides an overview of an issue and problem, along with targeted analysis and actionable recommendations. In my opinion, especially decision-making authorities rather than his envisaged target group, the general public, may benefit from the book's findings.

Fanny Schardey

Bonacker, T., Distler, W. & Ketzmerick, M. (eds.) (2017) *Securitization in Statebuilding and Intervention, Baden-Baden: Nomos.*

Thorsten Bonacker, Werner Distler and Maria Ketzmerick argue that statebuilding showcases "the asymmetry of states in international relations" (p. 9) as it usually is international players and the West who intervene into the domestic affairs of other states, usually in the so-called Global South. The aim of their edited volume is therefore to look at the "driving forces of statebuilding intervention by applying a social-constructivist framework of security" (p. 9). Such a framework is applied to several case studies in a variety of countries, some dealing with current or recent violent conflict, such as Iraq, South Sudan, others experiencing statebuilding after political transition processes, such as Tajikistan, and some that would usually be understood as having relatively stable governments and institutions, such as Turkey, or Mexico.

Analyzing the close relationship between statebuilding and security with a 'securitization' lens has, according to the editors, a certain value. They argue that statebuilding as a concept is linked to different notions of security. If one would look at the general justifications for statebuilding interventions, that is the preservation of international security, one would find two main reasonings: either preventing "'fragile states' from compromising international security" or "stabilizing countries in order to avoid an international security dilemma" (p. 10). The departure from a traditional notion of security in international politics towards an extended notion that requires "a functioning state and accountable institutions [as] necessary conditions for human and citizen security" (p. 10)

becomes quite evident. Statebuilding interventions are, arguably, aimed to fix “empirical deviations, such as an inability [...] to enforce the monopoly of violence” (p. 13) from the global standard of how states are supposed to function. Statebuilding thus “aim[s] at closing the gap between the idea of the state and its reality” (p. 14).

Herein lies the added value of a securitization perspective: Who decides which deviation from the standard is relevant enough to warrant an intervention? What kind of deviation constitutes a significant threat to international security? Whose security is international security? Looking at security as a socially constructed idea shaped by a discourse and actors offers a new perspective on how, when and why statebuilding interventions are implemented, which contributes to the ‘basic assumption’ of the volume: “the construction of security threats largely shapes the way statebuilding is legitimized and conducted” (p. 14).

The first of the two parts of the volume combines contributions with a focus on “external actors who start or enforce statebuilding processes” (p. 19), the second deals with statebuilding efforts that are not endogenous but internal policies. This second part is, to my mind, already a valuable contribution because it deals with statebuilding practices from a domestic point of departure. The first part, while dealing with well researched international interventions, adds to the literature due to its unique perspective of the securitization framework. There are two chapters, one from each part, that I want to go into more detail about: firstly, Kerstin Eppert and Mitja Sienknecht’s analysis of desecuritization in the context of the UN Security Council and its missions using the example of the UN Assistance Mission for Iraq, and secondly, Ole Frahm’s contribution that investigates securitization of statebuilding in South Sudan.

Eppert and Sienknecht look into how UN missions can contribute to desecuritization while being the results of a securitization process themselves. According to them, the decision by the Security Council to deploy a UN mission under Chapter VII of the UN Charter is “a product of a

successful securitization process” (p.106), a process that begins as soon as a topic is debated in the council. By targeting the threat to international security, the mission itself aims at desecuritizing that ‘threat’.

While I agree with the general idea that discussing a topic in the Security Council might represent a step in a securitization process, there are some caveats. I disagree with the authors’ argument that debating an issue in the UNSC creates an obligation to “impose political measures, e.g. a UN mission” (p. 106). There are many different issues that are brought before the council that are not deemed significant enough for action by the UNSC. Moreover, some topics are security topics *eo ipso* that do not become security topics by securitization. It is the UNSCs primary task to discuss and deal with these topics – be it wars and armed conflicts in member states or, since the 1990s, severe infringements of human rights and human security. Nonetheless, active non-action in relation to one of these topics due to a blockade by a veto power might also represent the final securitizing act in the international debate resulting in the same outcome a UNSC resolution would have: accepting an issue as a security issue – either for the international community or for the vetoing party.

The authors’ discussion of the relative success in desecuritizing certain aspects in the Iraq situation by focusing on issues outside of the securitized frame reads interesting and adds a valuable perspective on the limited success of statebuilding efforts in Iraq.

Frahm’s contribution on South Sudan is particularly interesting as it reviews the effects of security focused domestic policies in a country that relapsed into civil war only two years after gaining independence as the result of a war. He investigates securitization from three perspectives (the national government, international actors and the local public sphere) while considering the “pitfalls of emphasizing securitization and security [...] in the statebuilding exercise” (p. 271). He argues that such an emphasis is present in domestic policies in South Sudan and in the international development agendas which has a profound “impact

on the security-development nexus even in countries that were not subject to [interventions]” (p. 274).

Frahm argues that, like other countries that had a liberation movement taking over government after independence, security and development are claimed in official speech as equally important. However, the government “does not put its money where its mouth is [...] as the] state budget dedicates 40 to 60 percent of expenditure to the security sector” (p. 277). This, the author claims, shows that “security rather than development is the governments actual priority” (*ibid.*). Frahm highlights that the large security forces do not effectively secure, nor do they aim for, the monopoly of violence and that the state seems reluctant to change this attitude (p. 288). Hence, even though the government of South Sudan emphasized security over development and used statebuilding efforts to incorporate spoilers, security itself was not a reality. The current civil war and the various defections of militias from the SPLA over the course of it, paired with, what Frahm terms, a “carrots and even more carrots strategy” (p. 281) can be interpreted as a failure of the overemphasis on security, that failed to keep the regime secure and was “downright counterproductive in improving human security” (p. 289).

All in all, the application of critical security studies and the securitization framework in *Securitization in Statebuilding and Intervention* adds new perspectives to the analysis of statebuilding. One caution however: most of the authors go into quite some detail about their own interpretations of the theory and framework in addition to outlining the development of critical security studies as a discipline. Hence, the chapters read repetitive at times and not all authors manage to present their theoretical considerations as accessible as Bonacker, Distler & Ketzmerick do in the introduction. Nonetheless, the edited volume will be interesting to scholars who work on statebuilding, as it offers new insights from a critical perspective as well as for researchers working on critical security studies who are interested in applying theory to cases.

Florian Stolpe